

Georg Bollenbeck, Friederike Kuster (Universität Siegen)
Ulrich Brand (Universität Wien), Andreas Fisahn (Universität Bielefeld),
Stephan Lessenich (Universität Jena)

Antrag „Demokratie und Kapitalismus“

(Promotionskolleg der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

1. Zusammenfassung

2. Inhaltliche Ausrichtung. Eine Heuristik des Gesamtzusammenhangs

2.1. Demokratie und Kapitalismus

2.2. Forschungsstand

2.3. Problemorientierte Arbeitsschwerpunkte

3. Beteiligte Disziplinen, Hochschullehrer/Innen (Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre)

4. Kollegprogramm

4.1 Regelmäßige Doktorandenkolloquien

4.2 Workshops und Tagungen

4.3 Betreuungszusagen

5. Infrastruktur

6. Auswahlbibliographie

1. Zusammenfassung

Nach dem „Zeitalter der Extreme“ fungiert Demokratie als ein Verpflichtungsbegriff, dem sich auch ihre Kritiker nicht entziehen können. Niemand will undemokratisch sein und jede Partei bezeichnet sich als demokratisch. Selbst die Neo-Nazis nennen sich Nationaldemokraten. Neoliberale Fundamentalisten vermeiden es, die undemokratischen Konsequenzen ihres Marktglaubens zu benennen, und bemühen stattdessen ein Autonomie- und Individualismuskabular, das aus dem emanzipatorischen Repertoire der Demokratie stammt. „Die Macht des demokratischen Gedankens“ hat sich dermaßen durchgesetzt, „daß keine Regierung es wagen kann, sich offen als undemokratisch zu bezeichnen“.¹

Demokratie ist aber nicht nur ein anerkannter Verpflichtungsbegriff. Er kann auch für diejenigen, die mit den bestehenden Verhältnissen nicht einverstanden sind, als ein Perfektions- und Prozessbegriff dienen. Wer „mehr Demokratie“ wagen will, der setzt auf Demokratisierung.² Man kann Demokratie steigern, „mehr Demokratie“ fordern, man kann allerdings auch vor zuviel Demokratie warnen.

Schon Max Weber hat darauf hingewiesen, dass es *die* Demokratie nicht gebe, dass es widersinnig sei, hinter dem „Sammelnamen“ gleichartiges zu suchen.³ Dennoch gibt es konventionalisierte Merkmalszuweisungen. Demnach muss es eine Bevölkerung geben, die in allgemeinen, freien, geheimen und gleichen Wahlen politische Entscheidungen trifft; ein Territorium, in dem diese politische Entscheidungen kommentiert, kritisiert und angewendet werden können; schließlich verbindliche Entscheidungsprozeduren (Repräsentanten, Delegierte, Mandatsträger und Institutionen), die es erlauben, innerhalb eines verbindlichen festgelegten Verfahrens, Regierungen auch ohne eine Revolution auszuwechseln. Ideengeschichtlich wird diese vage Vorstellung von Demokratie zurückbezogen

¹ Neusüß (1973), S. 107. Ähnlich in diesem Punkt Heuer (1989), S. 15.

² Lukács (1987).

³ Weber (1980), S. 548.

auf das Naturrecht und die Menschenrechte.⁴ Heute ist der Begriff evaluativ unbestritten. Strittig sind allerdings sein Umfang und sein Inhalt. Strittig ist auch das Verhältnis von programmatischen Verheißungen und weniger verheißungsvollen Realitäten. Wo beginnt Demokratie und wo endet sie? Welche Ziele sind mit dem Beharren auf demokratischer Partizipation verbunden? Wer vertritt die Demokratie, wer darf in deren Namen sprechen und andere als undemokratisch ausgrenzen? Offenbar gibt es nicht *die* Demokratie, sondern verschiedene Demokratien.

Auf den Kapitalismus als Leitwert beruft sich kaum jemand. Von ihm reden viele. Gegen ihn sind mehr Menschen, als es die Medienöffentlichkeit zum Ausdruck bringt. Gerade in Deutschland geht von diesem Begriff – im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern – ein „ideologischer Mundgeruch“ aus.⁵ Das hat auch etwas mit der achtbaren antikapitalistischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung zu tun. Der Begriff Kapitalismus kann freilich nicht als politischer Kampfbegriff abgetan werden. Er ist im Vergleich zu Demokratie als Analysekategorie (aufgrund der Marx'schen „Kritik der politischen Ökonomie“, aber auch wegen der Arbeiten von W. Sombart und M. Weber) präziser und als programmatischer Verheißungsbegriff zugleich schwächer.

Es gibt nur einen Kapitalismus: Im Sinne eines „Produktionsprozesses als Einheit von Arbeitsprozess und Verwertungsprozess“ meint Kapitalismus bestimmte ökonomische Grund- und Bewegungsgesetze und deren herrische Ignoranz gegenüber kulturellen, politischen und individuellen Eigenheiten. Wer diese Gesetze nicht befolgt, der verschwindet vom Markt. Es gibt allerdings auch mehrere Kapitalismen: Im Sinne eines historischen Epochenbegriffs oder einer gesellschaftlichen Formation umfasst er bestimmte nationalkulturelle Traditionen, Mentalitäten und politische Verfassungen. Wer die Geschichte des Kapitalismus analysiert, der erkennt, dass keine Gesellschaftsformation zuvor so viele politische Optionsmöglichkeiten bot, dass aber auch zugleich Kapitalismus als Produktionsweise, diese Optionsmöglichkeiten wieder einschränkt. Einer der ersten, der am Vorabend der industriellen Revolution den Widerspruch zwischen

⁴ Eine knappe Einführung bieten: Mittermaier (1995), Vorländer (2003).

⁵ Ein Beispiel für den angelsächsischen Begriffsgebrauch: Fulcher (2004).

Geldmacht und Bürgertugend antizipiert, ist Rousseau. Dieses „Rousseausyndrom“ bildet bis heute die Grundlage linker Kapitalismuskritik.

Das Promotionskolleg ist interdisziplinär und international angelegt. Es will fachspezifisch verengte Optiken vermeiden und es setzt doch auf disziplinäre Kompetenzen. Es versteht Demokratie nicht ausschließlich als Merkmal der staatlichen Organisation, weil diese Engführung dazu verleitet, Demokratie an das bestehende System gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zu binden, sie auf die Legitimation von Herrschaft einzugrenzen und die Möglichkeiten einer Rücknahme von Herrschaft auszublenden. Das Promotionskolleg „Demokratie und Kapitalismus“ will Arbeiten fördern, die – jeweils unterschiedlich akzentuiert – einer „*Heuristik des Gesamtzusammenhangs*“ verpflichtet sind, die also auf den Zusammenhang zwischen spezifischen Formen der ökonomischen Produktion und spezifischen Formen der politischen Programmatik wie Praxis (Verfassungen, Organisationen und Herrschaftsformen) achtet. Es unterscheidet zwischen Politik und Ökonomie, es trennt aber diese Bereiche nicht vollends. Es geht davon aus, dass Untersuchungen zur politischen Philosophie, zu Demokratietheorie und Demokratiegeschichte, zu aktuellen Demokratiedebatten und politischen Kämpfen die sozial-ökonomischen Bedingungen mit einbeziehen sollten; und dass umgekehrt der Nachweis von sozio-ökonomischen Bedingungen für die Analyse der Demokratie nicht ausreicht.

Das Promotionskolleg verzichtet auf definitorische Festlegungen. Es operiert aber mit Merkmalszuweisungen, offenen Fragestellungen und der Axiomatik des „Rousseausyndroms“. Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus wird als ein Verhältnis der normativen Subordination und forschungspragmatischen Koordination bestimmt. Demokratie dient für den Problemhorizont des Promotionskollegs als ein Hochwertbegriff, dem Kapitalismus, im engen wie im weiten Sinne, untergeordnet wird. Hingegen dient Kapitalismus (im engen und weiten Sinne) als die basale Analysekategorie für die spezifische Erforschung der gegenwärtigen Demokratie und demokratischen Alternativen zum gegenwärtigen Zustand: Das meint Konzepte, Zustände, Einschränkungen, Möglichkeiten und Auseinandersetzungen.

Das Promotionskolleg operiert stattdessen mit einem extensional weiten und intensional normativen Verständnis von *Demokratie*. Demnach wird Demokratie nicht nur als Staats- und Regierungsform im engeren politikwissenschaftlichen Sinne verstanden, sondern in ihrem ökonomischen, sozialen und kulturellen Funktionszusammenhang gesehen. Zwar ist zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen, zwischen dem Ökonomischem und dem Politischen, zwischen dem Staat und der Gesellschaft zu unterscheiden, doch sollen diese Bereiche nicht getrennt werden. Es kann nicht von Demokratie ohne Kapitalismus gesprochen werden und nicht von Kapitalismus ohne die Kämpfe um Demokratie.⁶

Die theoriegeschichtliche und allgemeine historische Dimension soll nicht unterschätzt werden. Doch versteht sich dieses Promotionskolleg nicht als ein antiquarisches, sondern vielmehr als ein gegenwartsbezogen-kritisches Unternehmen, das darauf zielt, aktuelle Entwicklungen kapitalistischer Gesellschaften und Entwicklungspotentiale der Demokratie zu analysieren. Das meint besonders jenen neuen Typus (oder neues Regime) kapitalistischer Akkumulation, den damit verbundenen politisch-institutionellen Regulationsrahmen und es meint auch veränderte kulturell-mediale Praxen. Im Auge zu behalten bleibt: Es gibt keine sachlichen Zusammenhänge von Dingen „an sich“, sondern nur die „gedanklichen Zusammenhänge von Problemen“, durch die Dinge und Verhältnisse analysiert werden können. Zu diesen „gedanklichen Zusammenhängen“ zählt auch ein intensional normatives Verständnis von Demokratie, das nicht nur analysieren will, inwieweit Demokratie zur Dynamik und zu den Krisen des gegenwärtigen Kapitalismus beiträgt. Aus dem normativen Verständnis ergibt sich die Frage, inwieweit die emanzipatorische Handlungsfähigkeit der Subjekte durch den Kapitalismus blockiert wird oder inwieweit so auch neue Gegenkonzepte basaler demokratischer Bewegungen (innerparteiliche Revitalisierungen, außerparlamentarische Opposition, Anti-Atomkraft, Antiglobalisierungsbewegung etc.) möglich werden.

2. Inhaltliche Ausrichtung

2.1 Demokratie und Kapitalismus. Problemaufriss und programmatische Intention

⁶ Vgl. auch Lambrecht (1990), S. 483-533. Mit Blick auf die angelsächsische Tradition der „civil society“ vgl. Lukes (1999), S. 133 f.

In seinem berühmten Buch über „Die Demokratie in Amerika“ bezeichnet der französische Kulturhistoriker Alexis de Tocqueville 1835 die Demokratie als die „allmähliche Entwicklung zur Gleichheit der Bedingungen“. Er definiert sie als „soziale Bewegung“, die „seit vielen Jahrhunderten über alle Hindernisse hinweg voranschreitet“. Tocqueville geht von einem langfristigen Prozess aus, der von der Antike (Aristoteles) über die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bauernaufstände bis zur Amerikanischen und Französischen Revolution reicht. Hingegen herrscht in der demokratiegeschichtlichen Forschung eine stärkere Unterscheidung zwischen vorrevolutionärer, alteuropäischer, altständischer Gesellschaft und der durch die Französische Revolution frei gesetzten modernen, industriell-bürokratischen Gesellschaft vor. Historiker der Demokratie konzentrieren sich deshalb häufig auf die Auswirkungen der Französischen Revolution, der Revolution von 1848/49 und der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland. Diese verlaufsgeschichtliche Fokussierung gründet auch darin, dass man bis zur Französischen Revolution unter Demokratie im Anschluss an Aristoteles lediglich die Verfallsform der Republik und damit eine Herrschaftsform versteht, die denkbar weit von Monarchie und Aristokratie entfernt ist. Erst später habe sich, so die Grundannahme, das Wort Demokratie in einen mit sozialen Inhalten aufgefüllten politischen und historischen Richtungsbegriff verwandelt.

Eine solche Unterscheidung verkennt allerdings, dass schon Aristoteles den verschiedenen Herrschaftsformen, die er quantitativ als ein Größenverhältnis von Regierenden und Regierten bestimmt, einen ökonomisch-sozialen Untergrund zuweist. Er tut dies explizit dort, wo er die Demokratie, die er geringschätzt, als die Ordnung kennzeichnet, in der die vielen Armen gegenüber den wenigen Reichen das Sagen haben. Und er tut dies implizit, indem er die Sklavenhaltergesellschaft als das Fundament der hochgeschätzten Republik voraussetzt. Politische Partizipation ist einer privilegierten Minderheit von Bürgern vorbehalten, während der großen produktiven Masse die aktive Beteiligung am politischen Leben prinzipiell verwehrt wird. Grundlage der idealen aristotelischen Polis bildet eine bestimmte Arbeits- und Eigentumsverteilung, die für Vollbürger, anthropologisch gesprochen,

hintergrundserfüllt wirkt, während die bloßen „Staatsgenossen“ vom politischen Geschehen ausgeschlossen bleiben.

Innerhalb einer spezifisch neuzeitlichen, ideengeschichtlichen und politischen, Konstellation greift Rousseau die Demokratieproblematik unter Einbeziehung ihrer politisch sozialökonomischen Situation auf, indem er im „Contrat Social“ (1763) über die Bedingungen einer Demokratie, genauer: Republik vor dem Hintergrund der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft nachdenkt. Wie keiner bindet Rousseau dabei das Bewusstsein der Menschen an die Ökonomie (Jean Starobinski). Man mag Rousseaus Idee der Volkssouveränität und des Egalitarismus als revolutionär oder als „demokratischen Kontraktualismus“ (Wolfgang Kersting) bezeichnen, wichtiger ist hier, dass sie auf den Zusammenhang von ökonomischer Ungleichheit und blockierter politischer Gleichheit reagiert. Deshalb vertritt Rousseau eine gebremste Ökonomie der kleinen Handwerker und Bauern, vor dem Hintergrund der heraufziehenden industriellen Revolution die kleinbürgerliche Variante der bereits von Aristoteles angeführten Bedingung, dass eine gesunde Republik eines breiten Mittelstandes bedarf. Gefordert wird, „daß kein Staatsbürger so reich sein darf, einen anderen kaufen zu können, noch so arm sich verkaufen zu müssen.“⁷ Rousseau lehnt Geldwirtschaft und Handel, Manufaktur und Luxusproduktion ab, weil sie das Konkurrenzverhalten befördern und die politische Tugend schwächen. So thematisiert er, bevor es die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft überhaupt gibt, den Gegensatz zwischen Bourgeois und Citoyen. Der Citoyen steht dabei für den idealisierten Staatsbürger, losgelöst von allen materiellen Bindungen. Der Bourgeois hingegen ist das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft im Sinne von Hegel und von Marx. Dieses „Rousseausyndrom“, nämlich die Einheit und Widersprüchlichkeit des Bourgeois und des Citoyen und die antidemokratischen Tendenzen in bürgerlich-kapitalistischer Verhältnissen bleiben bis heute ein zentrales Problem linker Demokratieanalyse. Hinzu kommt das Problem der Selbstorganisation und der Öffentlichkeit. Marx entwickelt dies nicht systematisch-konzeptionell. In „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (1871) hebt er aber beide Aspekte energisch hervor. Selbstorganisation muss zwingend an den Aspekt der gleichen und freien Teilhabe rückgebunden sein, d.h. es muss die

⁷ Rousseau (1989), S. 424.

faktischen Möglichkeiten freier Entscheidungen geben. Deshalb dürfen weder rechtliche noch gesellschaftliche Zwangsverhältnisse existieren. Darin unterscheidet sich ein emanzipatorischer Begriff der Demokratie vom rein juridischen.

Was die Demokratie ausmacht und welche Form demokratischer Herrschaftsausübung annimmt, lässt sich binnendifferenzierend andeuten. In der Regel wird zwischen einer direkten und einer repräsentativen Demokratie unterschieden. Es gibt allerdings noch andere Unterscheidungen: Parteiendemokratie und Volksdemokratie, soziale Demokratie und Rätedemokratie, egalitäre Demokratie oder Führerdemokratie, etc. Bis heute ist der Begriff evaluativ hoch anerkannt und zugleich programmatisch strittig. Bereits nach der Erfahrung der Schreckensherrschaft in der Französischen Revolution taucht der Vorwurf auf, die Praktizierung einer egalitären Demokratie führe zwangsläufig in eine totalitäre Ordnung. Andererseits müssen sich seit Rousseau Repräsentativdemokratien dem Vorwurf stellen, dass sie im Unterschied zu direkten Formen der Demokratie einen Parlamentarismus praktizieren, der die Herrschaft der Reichen stützt und nur vortäuscht, dass es sich um einen Staat handelt, in dem das souveräne Volk Delegierte, von Gesetzen geleitet, das tun lässt, was es selbst nicht verrichten kann.⁸ Der Eindruck drängt sich auf, dass Parlamentarier zunehmend nicht das ausführen, was die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit will, sondern was die jeweiligen Lobbyisten durchsetzen.

Kapitalismus meint zum einen eine bestimmte Produktionsweise und zum anderen eine Epoche oder Gesellschaftsformation. Insofern gibt es nur einen Kapitalismus und viele kapitalistische Gesellschaften. In der Forschung wird deshalb unter historischen und typologischen Vorzeichen zwischen unterschiedlichen Kapitalismen unterschieden. Als Epochenbegriff bezeichnet er ein in der Neuzeit entstandenes Sozialsystem, das nicht nur die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, sondern auch die Mentalitäten, Verhaltensweisen und Weltanschauungen tiefgreifend prägt. Der Kapitalismus sprengt die feudale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die ständisch gebundenen Lebensformen, reißt die Arbeitskraft aus ihrer traditionellen Einbindung in die Formen der

⁸ Canfora (2006), S. 96 f. Vgl. auch Agnoli/Brückner (1968).

Agrarproduktion und des zünftigen Handwerks heraus, macht die freien Lohnarbeiter zu Menschen, die ihre Ware Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen müssen. Von ihm geht eine enorme Entwicklungsdynamik aus. Seine Geschichte lässt sich in Phasen einteilen.⁹ Seine Effekte für die Gesellschaft sind schon vor Marx thematisiert worden: Ein neuartiges Gegeneinander von Reichtum und Armut, eine Spaltung der Gesellschaft in Klassen, ein Zwang zur Kapitalakkumulation und Expansion.

Der Begriff stammt nicht von Marx. Seine Karriere beginnt in der revolutionären Sozialdemokratie (1872 spricht Wilhelm Liebknecht vom „Moloch des Kapitalismus“). Kapitalismus dient als ein Sammelbegriff für die Zumutungen der Ökonomie und zugleich als politischer Kampfbegriff gegen die bürgerliche Gesellschaft. Seine Zirkulation als anerkannter wissenschaftlicher Begriff beginnt unter bewusstem Bezug auf Marx in der frühen deutschen Soziologie (Werner Sombart, „Der moderne Kapitalismus“, 2 Bde., 1902, Max Weber: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“). Schon hier wird deutlich, dass die Entstehung des Kapitalismus nicht allein auf ökonomische Bedingungen rückgeführt wird, sondern dass auch nicht-ökonomische Kriterien herangezogen werden, etwa „die protestantische Ethik“ als Prinzip einer Wirtschaftsgesinnung, die den Kapitalismus befördert oder, wie bei Sombart, der „kapitalistische Geist“. Ob diese zentralen Erklärungskategorien zutreffend sind, wird in der Forschung diskutiert. Aber an ihnen zeigt sich, dass Kapitalismus *als Epoche oder Formation* nicht ökonomistisch auf die Logik der Kapitalverwertung zurückgeführt werden kann. Der Kapitalismus ist nicht überall gleich – und die Demokratien sind es auch nicht.

2.2. Forschungsstand

Die unterschiedlichen Definitionsversuche in einschlägigen Lexika und Enzyklopädien machen deutlich, dass die Bestimmung von Demokratie, wenn auch jeweils fachwissenschaftlich gebrochen, Teil gesellschaftlicher Deutungskämpfe ist.¹⁰ Und auch das relativiert den Versuch, *die* Demokratie zu definieren: Begriffsgeschichtliche Untersuchungen zeigen, ob nun unter

⁹ Vgl. Fülberth (2005), S. 82 ff.

¹⁰ Exemplarisch etwa für die Perspektive einer Westbindung: Schildt (2005b), S. 97-101.

sozialgeschichtlichen oder philosophiegeschichtlichen Vorzeichen, dass der Ausdruck unterschiedliche Bedeutungen hat und in unterschiedliche Verwendungsgeschichten einrückt.¹¹ Es gibt auch keine privilegierte disziplinäre Perspektive. Schon das Begriffsfeld verweist auf den interdisziplinären Charakter des Promotionskollegs. „Diktatur, Fortschritt, Freiheit, Gesellschaftsformation, Herrschaft, Macht, Gewalt, Staat“ – „Imperialismus, Globalisierung, Krieg, Kapital, Monopol, Produktion / Reproduktion“ – offenbar erlaubt gerade der hier nur angedeutete Problemkomplex unterschiedliche disziplinäre Zugänge.

Nochmals: Dem Promotionskolleg liegt kein definitorisch festgelegter Begriff von Demokratie zugrunde. Es operiert jedoch mit einem extensional weiten und intensional normativen Verständnis von Demokratie, und es fragt nach der emanzipatorischen Handlungsfähigkeit der Subjekte unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus.

Entsprechend dieser Leitannahme ist der Forschungsstand zu sichten, um an der Differenz zwischen dem Geleisteten und dem zu Leistenden die Potentiale der Promotionskollegs herauszustellen. Es geht also nicht um einen umfassenden Forschungsbericht, sondern um den Forschungsstand mit Blick auf die im Promotionskolleg angesiedelten potentiellen Arbeiten. Dabei wird hier, ohne die ideen-, theorie- und sozialgeschichtliche Dimension des Problemkomplexes zu vernachlässigen, der Schwerpunkt auf eine aktuell-kritische und nicht auf eine historisch-antiquarische Perspektive gelegt.

„Der Kapitalismus ist nicht überall gleich – und die Demokratien sind es auch nicht.“ Beide Aussagen werden durch die Forschungsergebnisse der Vergleichenden Sozialwissenschaft der vergangenen zwei Jahrzehnte bestätigt. Zum einen findet sich ein breites Spektrum an komparatistischen Untersuchungen zu „Patterns of Democracy“ (Arend Lijphart), die in systematischer Weise die verschiedenartigen Struktur- und Prozessmuster politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung herausgearbeitet haben und dabei zwischen „majoritarian“ und „consensus democracies“ unterscheiden. Zum anderen hat der (im US-amerikanischen Sinn) polit-ökonomische Ansatz der „varieties of capitalism“

¹¹ Conze (1972), Bien/Maier (1972).

(Peter Hall/David Soskice) einige Prominenz erlangt, der mit den sogenannten „liberal“ und „co-ordinated market economies“ unterschiedliche Organisationsmuster der Produktionsbeziehungen (und der daran gekoppelten Systeme der Ausbildung, Finanzierung und Unternehmensführung) in fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien analysiert. Beide Ansätze sind ohne Zweifel von erheblichem heuristischem Wert für den internationalen Gesellschaftsvergleich. Doch zum einen zeichnen sich beide Ansätze durch ein eher formalistisches Verständnis der beiden Zentralkonzepte aus, so dass „Demokratie“ nicht etwa (im Sinne Tocquevilles) als (makro- und mikro-) soziale Lebensform, sondern eben als ein eher „technisches“ Arrangement der (je unterschiedlichen) Produktion politisch bindenden Entscheidungen erscheint, und „Kapitalismus“ in ähnlicher Weise nicht als eine Chiffre für die Strukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern als ein institutionelles Ensemble der Nutzung komparativer Wettbewerbsvorteile. Zudem werden beide analytischen Konzepte in der neueren sozialwissenschaftlichen Theoriebildung kaum oder jedenfalls nicht systematisch und nicht in inhaltlich gesättigter Weise aufeinander bezogen.

Die sozio-ökonomische gegenwärtige Dynamik des Kapitalismus wird in regulationstheoretischen Debatten auf der Ebene des Akkumulationsregimes als „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ bezeichnet¹², da die Interessen der Vermögensbesitzer sich mit denen des Finanzkapitals zu dominanten Koalitionen verbinden. Andere Beiträge argumentieren, dass sich eine „globale Enteignungsökonomie“¹³ bzw. ein neuer dominanter Akkumulationstypus, nämlich eine „Akkumulation durch Enteignung“¹⁴ entwickelt hätten. Aus gramscianisch-regulationstheoretischer Sicht wird von einer hegemonial gewordenen „hochtechnologischen Produktionsweise“ gesprochen¹⁵. Die Weltsystemtheorie diagnostiziert derzeit eine Hegemonie des Finanzkapitals, die durchaus von einer neuen Phase der materiellen Expansion und damit einer Krise des produktiven Kapitals abgelöst werden könnte¹⁶. Die sich verändernde

¹² Aglietta (2000a, 2000b), Boyer (2000).

¹³ Zeller (2004).

¹⁴ Harvey (2004).

¹⁵ Candeias (2004).

¹⁶ Arrighi/Moore (2001).

geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wird in einigen Arbeiten untersucht¹⁷. In diesen polit-ökonomischen Diskussionen, die ist eine wichtige Gemeinsamkeit, wird die Frage der Demokratie kaum gestellt, geschweige denn produktiv bearbeitet¹⁸.

Wie sieht es um den Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie auf theoretischer wie zeitdiagnostischer Ebene in den politikwissenschaftlichen Analysen zu Staat und Politik aus? Staatliches Handeln, das ist Konsens, muss sich heute zwei zentralen Veränderungen stellen: Zum einen ist Staat immer weniger das politische Steuerungszentrum von Gesellschaft, sondern wird zu einem – wenngleich immer noch zentralen – Akteur, der mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeitet, um seine Ziele zu erreichen¹⁹. E.H. Ritter hat für diese Konstellation bereits früh den Begriff des „kooperativen Staates“ geprägt²⁰, der eher als Moderator oder Makler auftritt, um verschiedene gesellschaftliche Interessen und Akteure in Beziehung zu setzen. Die andere Veränderung bildet den entscheidenden Hintergrund für den Komplex der Mehrebenenpolitik und besteht darin, dass die Reichweite einzelstaatlichen Handelns zunehmend den zu bearbeitenden Problemen nicht mehr gerecht wird. Diese Problematik wird mitunter mit Begriffen wie „fehlende Kongruenz“ oder „sich entgrenzenden Räumen“ gefasst. Die Reichweite von Politik bleibt wesentlich nationalstaatlich, während sich ökonomische Prozesse globalisieren.

Mit letzterem Aspekt ist die Frage der politischen Steuerung globaler Strukturen angesprochen. Inwieweit können supranationale politische Institutionen zu einer effektiven Problemlösung beitragen? Die Forschungen kommen hier aus verschiedenen Traditionen. Zunächst hat die Integrationsforschung als Teil der Policy-Analyse, und hier insbesondere die zur Europäischen Gemeinschaft bzw. Union, bereits intensiv die sich herausbildenden supranationalen politischen Prozesse und Institutionen untersucht²¹. Dies geschah allerdings nie beschränkt auf die supranationale Ebene, sondern immer in engem Zusammenspiel mit der nationalen. In gewisser Weise wird hier an den Begriff der Politikverflechtung

¹⁷ Bergeron (2003), Sauer (2001).

¹⁸ Demirovic (1997, 2007).

¹⁹ Grande/Risse (2000), Mayntz/Scharpf (1995), Jessop (2002), Hirsch (2005), Benz (1998).

²⁰ Ritter (1979).

²¹ Grande (1995), Scharpf (1999).

von F.W. Scharpf u.a. angeknüpft²². Die Policy- und Integrationsforschung wird heute unter dem Begriff der Mehrebenenpolitik weiterentwickelt, womit das Zusammenspiel von Prozessen und Institutionen auf verschiedenen räumlichen Ebenen verstanden wird, um kooperative Problemlösungen zu erreichen. Mehrebenenpolitik wird dabei konzeptualisiert als Politik im Rahmen von entweder relativ lockeren Verhandlungssystemen oder als stärker institutionalisierte Netzwerke. Der Begriff der Multi-Level-Governance wurde vor einigen Jahren und von der Europa-Forschung kommend eingeführt²³.

Die Diskussion um Globalisierung und ihre politische Steuerung wird auch unter dem Begriff Global Governance gefasst, die Hartwig Hummel (2005) als „neue große Debatte“ bezeichnet²⁴. Angesichts der konstatierten Inkongruenz zwischen (sich globalisierender) Ökonomie und Problemlagen einerseits und (weiterhin nationalstaatlich verfasster) Politik andererseits entstehen neue Formen internationaler Kooperation. Diese ist zuvorderst intergouvernemental, es beteiligen sich aber auch nicht-staatliche Akteure daran. Ein Diskussionsstrang von Global Governance und der grenzüberschreitenden Bearbeitung kollektiver Probleme ist jener um „globale öffentliche Güter“²⁵, der mitunter eng an den Begriff der globalen öffentlichen Politik²⁶ geknüpft wird.

Ein dritter Strang wurde in den 80er Jahren in der politikwissenschaftlichen Subdisziplin der Internationalen Beziehungen entwickelt und verdichtet sich im Begriff des Regimes²⁷. Angesichts eines fehlenden Staates auf internationaler Ebene (einer „strukturellen Anarchie“) wird untersucht, warum und wie kooperative Problembearbeitungen dennoch zustande kommen. Die Regimetheorie hat allgemein und politikfeldspezifisch zu sehr weit reichenden Einsichten in internationale Politikprozesse geführt und bildet in vielen Fragen den Hintergrund für die neuere Debatte um den Staat und das Verhältnis verschiedener räumlicher Ebenen zueinander. In den letzten Jahren werden im

²² Scharpf et al. (1976).

²³ Hooghe/Marks (2001, 2003), Bache/Flinders (2004), Knodt/Große-Hüttmann (2005).

²⁴ Commission on Global Governance (1995), Gruppe von Lissabon (1997), Messner/Nuscheler (1996), Messner (2005), Behrens (2005), aus Habermasianischer Sicht Risse (2005), kosmopolitisch Held/McGrew (2002), aus akteurszentriert-institutionalistischer Sicht Scharpf (2004), Mayntz (2004); kritisch: Brand et al. (2000), Brand (2007a), aus feministische Sichte Ruppert (2003).

²⁵ Kaul et al. (1999), Kaul/Kocks (2003), kritisch Brunnengräber (2003).

²⁶ Reinicke (1998).

²⁷ Krasner (1983), Zangl (2003).

Rahmen der Regimetheorie verstärkt organisations- und institutionentheoretische Fragen bearbeitet²⁸.

Demokratiethoretische und -politische Fragen werden erstens als demokratische Weltregierung thematisiert²⁹ oder zweitens normativ als kosmopolitische Demokratie³⁰ konzeptualisiert, der zufolge es um die rechtliche Stärkung kosmopolitisch gültiger (Menschen-)Rechte und entsprechend um eine Eindämmung interessenbasierter Machtpolitik geht. Ähnlich wird aus einer liberalen Perspektive argumentiert, dass sich eine globale Demokratie herstellen kann, doch sie bleibt auf die Sphäre der Öffentlichkeit und das Politische beschränkt³¹. Drittens gibt es Vorschläge einer „Nachbarschaftsdemokratie“, in der zahlreiche lokale demokratische Institutionen, eine reformierte UNO und eine an Frieden orientierte „globale Ethik“³² aufgewertet werden, viertens mit den eher institutionalistischen Arbeiten zu Global Governance wird Demokratie auch mit der Stärkung des Multilateralismus und des UN-Systems verbunden und stärker mit Fragen politischer Effektivität verknüpft und als solche der „Input“- bzw. „Output“-Legitimität thematisiert³³, oder aber auf Transparenz und Verantwortlichkeit reduziert³⁴. Eine fünfte, konservative Position betont, dass Demokratie stark an den Nationalstaat gebunden bleibt, weil sie hier Kultur und Volk konstituiert³⁵.

Die meisten Beiträge zu diesen Debatten leiden zudem an einer fehlenden oder nur diffusen Bestimmung dessen, wie sich der Kapitalismus gegenwärtig transformiert, d.h. es werden die sozio-ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen politisch-institutioneller Strukturen und Prozesse selten konzeptualisiert und untersucht. So wird etwa übergangen, dass sich historisch mit der Durchsetzung und breiten Akzeptanz der liberalen Demokratie eben diese selbst durch Privatisierungen, Politik in Graubereichen, dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit tief greifend verändert.

²⁸ Grundlegend: Kratochwil/Ruggie (1986); Keohane (1987), später Martin/Simmons (1998), Knodt/Jachtenfuch (2002), die derzeit wieder an Relevanz gewinnende neorealistic Gegenposition bei Mearsheimer (1995).

²⁹ Höffe (1999).

³⁰ Held/McGrew (2002), Falk/Strauss (2001).

³¹ Brunkhorst (2005).

³² Commission on Global Governance (1995).

³³ Scharpf (1999).

³⁴ Held/Koenig-Archibugi (2005).

³⁵ Kielmansegg (1996).

Hier liegt ein wichtiger Beitrag kritischer Ansätze wie etwa der Neo-Gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie³⁶, der inzwischen staatstheoretisch erweitert wird³⁷. Daran schließen sich neuere imperialismus- und staatstheoretische Debatten, etwa um die Rolle der USA an³⁸, ein neuartiges System internationaler Autorität, das als „Empire“ gekennzeichnet wird³⁹, Neo-Gramscianisch ein Transnationaler kapitalistischer Staat⁴⁰. Die historisch-materialistische Staatstheorie hat sich aber deutlich internationalen Fragen geöffnet⁴¹. Hier wird der Begriff der Internationalisierung des Staates entwickelt⁴². Von wenigen Ausnahmen abgesehen (Joachim Hirsch, Birgit Sauer) werden aber auch in den kritischen Forschungen kaum Relationierungen zwischen der Inter- und Transnationalisierung politischer, sozio-ökonomischer und kultureller Prozesse hergestellt⁴³.

Eine weitere Diskussion, die für die Frage von Kapitalismus und Demokratie wichtig ist, ist jene um die Multiskalarität gesellschaftlicher Entwicklung. Dies ist nicht neu, wird aber angesichts der aktuellen Veränderungen akzentuiert und zunehmend herrschaftskritisch gewendet. In der Regulationstheorie – als einem wichtigen Debattenstrang – wird die Raumfrage zunehmend expliziter aufgenommen⁴⁴ und mit Beiträgen aus der radikalen Geographie verknüpft⁴⁵.

Ein wichtiges Forschungsfeld kann hier nur knapp angedeutet werden, da es noch recht unübersichtlich ist: Die Rolle von Widerstand gegen die neoliberal-imperiale Globalisierung, von emanzipatorischen Strategien und Subjekten im globalen Kapitalismus⁴⁶. Politisch am prominentesten ist die These einer sich konstituierenden „Multitude“ von Hardt und Negri⁴⁷, aber es gibt auch

³⁶ Cox (1991, 1993), Gill (1995, 2003), van Apeldoorn (2000), Morton (2003), Scherrer (1998, 2003), Bohle (2005), Plehwe et al. (2006).

³⁷ Röttger (2004), Bieling (2007).

³⁸ Panitch/Gindin (2003).

³⁹ Hardt/Negri (2002, 2004).

⁴⁰ Robinson (2004).

⁴¹ Hirsch (1995), Jessop (2002), auch die kritisch-feministische Staatstheorie: Sauer(2001).

⁴² Hirsch (2002, 2005), Sauer (2001), Wissel (2007), manchen Aufsätze in Bretthauer et al. (2006), Brand (2007), Brand/Görg/Wissen (2007), Brand et al. (2008).

⁴³ Vgl. den instruktiven Überblick von Görg/Hirsch (1998).

⁴⁴ Alnasser et al. (2001), Becker (2002), Brenner (2004).

⁴⁵ Harvey (2004); zu den jüngeren raumtheoretischen Debatten Belina/Boris (2007), Holm (2004).

⁴⁶ Aronowitz/Gautney (2003), Bello (2005), Holloway (2002), Fisher/Ponniah (2006).

⁴⁷ Hardt/Negri (2002, 2004), Rilling (2004).

Untersuchungen zu den globalen sozialen Bewegungen⁴⁸, zu Nichtregierungsorganisationen⁴⁹, zu regionalen Bewegungen wie in Lateinamerika⁵⁰, zu Gewerkschaften⁵¹. Untersuchung der neueren Rolle progressiver Regierungen und Parteien – insbesondere in Lateinamerika – sind Teil dieser Forschungen⁵².

2.3 Mögliche problemorientierte Arbeitsschwerpunkte

Zu beachten bleibt: Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen ist ein zentraler Bestandteil des von Marx so bezeichneten „Widerspruchs der bürgerlichen Konstitution“. Die Demokratie wird so zu einem dynamischen Moment bürgerlicher Gesellschaften. Sie bildet den Rahmen für Widersprüchliches: Repräsentation, gesellschaftliche Kompromisse, Kritik und Legitimation von Herrschaft, formale Anerkennung der Gleichheit und Freiheit, Unfreiheit und soziale Ungleichheit. Ihr institutionelles Machtorgan ist der Staat; ihr Zentrum soll das Parlament sein; ihre diskursive Bühne soll die bürgerliche Öffentlichkeit bilden. Hier soll Demokratie darüber hinaus aus emanzipatorischer Perspektive immer als Prozess – d.h. als Demokratisierung – gedacht werden. Insofern weist sie vom Anspruch her immer über das Terrain des Staates und der parlamentarischen Verfahren hinaus.

Die oft zitierte Krise der parlamentarischen Repräsentation, die sich in Parlaments- oder Wahlverdrossenheit ausdrückt, aber auch die Gegenkonzepte basaler demokratischer Bewegungen (außerparlamentarische Opposition, Anti-Atomkraft, Anti-Globalisierungsbewegung etc.) verweisen auf einen demokratiethoretischen und politisch-praktischen Komplex, dessen interdisziplinäre und internationale Analyse im Zentrum des Promotions-Kollegs zu stehen hat. Es geht dabei, genau gesprochen, nicht um *die* Demokratie, sondern um Möglichkeiten der Demokratisierung, um den Widerspruch zwischen den normativen Prinzipien der Demokratie und dem Kapitalismus als Ermöglichungs- und Blockierungszusammenhang. Demokratisierung meint auch die

⁴⁸ O'Brien et al. (2000), Marchart/Winzlerl (2006), della Porta (2007).

⁴⁹ Brunnengräber et al. (2005), Heins (2001), Brand et al. (2001).

⁵⁰ Kaltmeier (2004), Ceceña (2006), Zibechi (2006).

⁵¹ Waterman (2001), Silver (2005), Demirovic (2007).

⁵² Beispielsweise Boris et al. (2005), Bruckman/Dos Santos (2006).

Mobilisierung einer vorwiegend stummen, unterirdisch öffentlichen Meinung zu einer Praxis, in deren Verlauf die Menschen zu politisch handlungsfähigen Subjekten werden.

Das Thema „Demokratie und Kapitalismus“ verweist auf den Zusammenhang von Partizipations- und Emanzipationsansprüchen, die aus einem großen ideengeschichtlichen Traditionszusammenhang stammen und die linke Politik mit Blick auf den Kapitalismus (als Ermöglichungs- und Blockierungszusammenhang) reformulieren, propagieren und durchsetzen will. Die folgenden Arbeitsschwerpunkte sollen lediglich eine Themenvielfalt veranschaulichen, die sich aus der inhaltlichen Ausrichtung des Graduiertenkollegs ergibt. Sie bedeuten keine Themeneinschränkung.

- Konzepte und ideatives Bewußtsein: Politische Philosophie, Demokratietheorie, Demokratiewissenschaft (Freiheit, Demokratie, Recht und soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, friedliche internationale Beziehungen und ein nicht vernutzender Umgang mit der Natur)
- Die Geschichte der Demokratie als Geschichte der sozialen Bewegungen (das „Rousseausyndrom“, Demokratie, Liberalismus und die Legitimation ökonomischer Herrschaft, die Arbeiterbewegung, das Versagen der „Volksdemokratien“, Sozialismus, soziale Demokratie, demokratischer Sozialismus, globalisierungskritische Bewegungen)
- Abstrakte Gleichheit und reale Ungleichheit (demokratische und antidemokratische Tendenzen im Liberalismus, Besitzindividualismus, die Grenzen der Demokratie und die Bereitschaft zum Demokratieabbau, autoritäre Optionen etc.)
- Die repräsentative Demokratie, Deutungskämpfe, „Think-Tanks“, massenmediale Inszenierungen (wer besitzt die Medien? Berlusconi als Symptom)
- Ökonomische Macht, Lobbyismus, „alternativlose Sachzwänge“ und die „Volksvertreter“ und der Fraktionszwang: Die schleichende Entmündigung des Parlaments?
- Formen der Entmachtung der Repräsentationsorgane durch formale Verlagerung auf oligarchische Gremien (Expertenkommissionen, Beiräte u.ä.)
- Der Kampf um Begriffe: Wer bestimmt, was demokratisch und undemokratisch ist? (die Gemeinsamkeit der Demokraten oder die „offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Diskursverknappung und Diskurspolizei: Die semantische Entsorgung von Alternativen, „Good-Governance-Rhetorik“)
- Massendemokratie, Populismus, Formen der Organisation demokratischer Macht und Gegenmacht (Koalitionen, Stellvertretung, Autorität) und moderne Herrschaftsverhältnisse (Ausbau der Sicherheitsapparate, Überwachungstechniken)
- Entmachtung durch Aufgabe von Steuerungsbefugnissen durch Privatisierung und „Privat-Public-Partnership“.
- Möglichkeiten und Probleme internationaler Demokratie (Die Legitimation

demokratischer Prozesse und Institutionen auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene, Bindung durch internationale Normen und Verträge).

3. Beteiligte Disziplinen, Hochschullehrer/Innen (Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre)

Das Promotionskolleg ist an der Universität Siegen angesiedelt. Es versteht sich allerdings aufgrund des internationalen und interdisziplinären Ansatzes und seiner „Heuristik des Gesamtzusammenhangs“ als ein dezentral-kooperierendes Kolleg. Daraus ergibt sich die fachliche und universitäre Zusammensetzung der Antragsteller und potentiellen Betreuer.

Die Antragsteller für die Universität Siegen sind:

Prof. Dr. Georg Bollenbeck

Aus den kulturwissenschaftlichen Arbeiten von Georg Bollenbeck sind drei Arbeitsschwerpunkte zu nennen.

Das betrifft erstens den Komplex „Arbeiteralltag, Arbeiterbewegung und politische Kämpfe“ innerhalb der deutschen Geschichte. Aufgrund der Erforschung von Arbeiterlebenserinnerungen lässt sich persönlichkeitspsychologisch-modellhaft das vorpolitische Alltagsbewusstsein als ein Verhältnis von Ökonomismus und Pragmatismus bestimmen, das der Anstöße „von außen“ (Parteien, Ideen etc.) bedarf, um die Unzufriedenheit im „Hier und Jetzt“ zu departikularisieren und in politische Handlungsbereitschaft zu überführen.

Das betrifft zweitens, die heute durchaus wirkungspräzise (wenn auch nicht mehr namentlich präzise) Vorstellung einer „deutschen Freiheit“, die aus der Frühen Neuzeit stammt und die in der Hegelschen Vorstellung eines reformbereiten Machtstaates, wenn auch im Praktischen vielfach gebrochen und programmatisch verkannt, ihre modernisierungsfähige Konzeptualisierung erfährt. Diese Vorstellung setzt weniger auf „Common Sense“ und mehr auf „Einordnung“ und Ausgrenzung. Trotz politischer Westbindung bleibt eine spezifisch deutsche

Tradition lebendig. „Volk“ – um dies nur anzudeuten – meint immer noch etwas anderes als „people“.

Das verweist auf den dritten Arbeitsschwerpunkt, nämlich auf die Erforschung nationaler Semantiken und Deutungsmuster. Deren Prägekraft für das heutige Demokratieverständnis und die politische Kultur der Inklusion und Exklusion sollte nicht unterschätzt werden. Dabei geht es nicht um eine Revitalisierung der Sonderwegthese, sondern um die von Norbert Elias energisch in den Mittelpunkt gestellte Frage, welche Bedeutung unterschiedliche Staatsbildungsprozesse auf die politische Praxis und das Bewusstsein einer Nation haben.

Ausgewählte Publikationen:

Monographien

Zur Theorie und Geschichte der Arbeiterlebenserinnerungen. Kronberg i. Ts. 1976. (= Theorie-Kritik-Geschichte 11). 372 S.

„Bildung“ und „Kultur“. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters. Frankfurt a. M. 1994. 418 S.

Tradition – Avantgarde – Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne (1880- 1945). Frankfurt a. M. 1999. 448 S.

Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders. München 2007. 320 S.

Sammelbände

Mit G. Kaiser, *Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III.* Wiesbaden 2000.

Sonstige Veröffentlichungen

Arbeiterklasse: Veränderte Erfahrungen und die Pluralität der Milieus, in: Marxistische Blätter 3 (1989), S. 46 - 55.

Veränderte Erfahrungen, die Pluralität der Milieus und das Ende der traditionellen Arbeiterkultur, in: G. Bollenbeck u. a., Arbeiterkultur – Vom Ende zum Erbe?. Frankfurt a. M. 1989, S. 121 - 128.

Freischwebend und immer den Wind im Rücken? Sinnangebote und die Rolle der Intellektuellen, in: Forum Wissenschaft 2 (1993), S. VIII - X.

Unbefangener Blick und ungleiche Sehkraft. Anmerkungen zu Norbert Elias, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (1993), S. 487 - 493.

Mit C. Knobloch: *Türöffner vor verschlossenen Türen? Intellektuelle und ihre Aufgaben*, in: Forum Wissenschaft 4 (1993), S. 8 - 11.

Politik drängt sich auf. "Bürgerliches Künstlertum" und reflexives Sonderwegbewußtsein bei Thomas Mann, in: H. Scheuer (Hg.), Dichter und ihre Nation. Frankfurt a. M. 1993, S. 392 - 410.

Zerstörte Mauern, neue Mauern und der Traum von einer mauerlosen Welt, in: C. Roth, B. Woschek (Hg.), Neue Mauern. Bonn 1994, S. 31 - 71.

Nation, Volk, Staat. Die Wiederbelebung alter Kameraden aus dem semantischen Inventar der deutschen Rechten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7 (1994), S. 823 - 833.

Artikel "Arbeiterlebenserinnerungen", in: S. Barck u. a. (Hg.), Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945. Stuttgart 1994, S. 31 - 35.

Von der gefährdeten Macht eines deutschen Deutungsmusters. Der Streit um "Bildung" und "Kultur" während der Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus (1910), in: DU 4 (1994), S. 32 - 42.

Die Abwendung des Bildungsbürgertums von der Aufklärung. Versuch einer Annäherung an die semantische Lage um 1880, in: W. Klein, W. Naumann-Beyer (Hg.), Nach der Aufklärung? Beiträge zum Diskurs der Kulturwissenschaften. Berlin 1995, S. 151 - 162.

Die Weise vom sittlichen Staat. Warum bei Sibylle Tönnies einiges durcheinandergeht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2 (1995), S. 214 - 219.

Das deutsche Bildungsbürgertum und der Nationalsozialismus als vermeintlicher Retter der deutschen Kultur. Ein Versuch, in: Recherches Germaniques 27 (1997), S. 167 - 181.

German Kultur, the Bildungsbürgertum and its Susceptibility to National Socialism, in: German Quarterly 73.1 (2000), S. 67 - 83.

Die Hochschulautonomie. Nützliche Nutzlosigkeit, in: Helga Kappus (Hg.), Nützliche Nutzlosigkeit. Bildung als Risikokapital. Wien 2002, S. 37 - 61.

Kulturelle Westbindung. Fünf Thesen, in: Sigrid Hofer (Hg.), Entfesselte Form. Fünfzig Jahre Frankfurter Quadriga. Frankfurt a. M. 2002, S. 23 - 32.

PD Dr. Friederike Kuster - Philosophie

Die Schwerpunkte von Friederike Kuster liegen in der Politischen Philosophie der Neuzeit und Antike, der Rechts- und Sozialphilosophie, Phänomenologie und Gender-Theorie. Derzeitiger Forschungsschwerpunkt ist eine politische Philosophie der Familie: die Rekonstruktion der neuzeitlich-modernen Theorien von Haus, Familie und privater Ordnung. Das Projekt ist auch zentraler Bestandteil des interdisziplinären Forschungsverbandes „Europäische Geschlechterdiskurse und politische Ordnungen“ der Universitäten Siegen, Bochum und Wien.

Für das Kolleg sind folgende Themenkomplexe und Forschungsfelder von Bedeutung:

- die philosophie- und ideengeschichtliche Perspektive liefert Traditionswissen zur antiken Herkunft, den Grundlagen des Demokratiebegriff und seinen historischen Transformationen, den klassischen Demokratiekonzepte der Neuzeit, den Ausgestaltungen des Naturrechtsdiskurses, zur europäische Tradition des Republikanismus, zur klassisch modernen Scheidung von Besitzbürger und Staatsbürger, von Interesse- und Tugenddiskurs.
- das Thema Geschlechterpolitiken auf der Basis der Gender-Theorie. Die konsequente Wahrnehmung von Geschlecht als performativer kultureller und sozialer Konstruktion fordert die verstärkte Aufarbeitung und Reflexion der Effekte und Konsequenzen, denen die herrschenden Geschlechterverhältnisse unter der Bedingung von politischer und ökonomischer Transformation ausgesetzt sind. Vergeschlechtlichung wird als dabei ein weiter variabler Prozess im Kontext von Prozessen der Ökonomisierung und Demokratisierung begriffen.
- die Modifikationen im klassischen Aufriss der geschlechtskonnotierten Sphärentrennung von Privatheit und Öffentlichkeit durch Entpolarisierung und Integration. Festzustellen ist eine Flexibilisierung und Diversifikation von Beziehungs- und Lebensformen. Wie lassen sich aus emanzipatorischer

Perspektive die Gewinne und Verluste im Auflösungsprozess der geschlechtsständischen modernen Industriegesellschaft bilanzieren?

Ausgewählte Publikationen:

Monographien:

Rousseau - Die Konstitution des Privaten. Zur Genese der bürgerlichen Familie. Berlin 2005.

Sammelbände:

Mit S. Doyé, M. Heinz (Hg.), *Frauen und Philosophie. Perspektiven feministischer Philosophie.* Kolloquium an der Bergischen Universität Wuppertal. Berichtsband V der „Kolloquien zur Frauenförderung“. Wuppertal 1994.

Mit S. Doyé, M. Heinz (Hg.), *Philosophische Geschlechtertheorien. Ausgewählte Texte von der Antike bis zur Gegenwart.* Stuttgart 2002.

Mit M. Heinz, *Geschlechterordnung und politische Ordnung 1500 - 1850. Handbuch zur politischen Philosophie der Familie, Bd.1* (Arbeitstitel). Berlin (in Vorbereitung) 2008.

Mit M. Heinz, *Geschlechterordnung und politische Ordnung 1850 - 2000. Handbuch zur politischen Philosophie der Familie, Bd.2* (Arbeitstitel). Berlin (in Planung) 2009.

Sonstige Veröffentlichungen:

Mit S. Doyé, *Grundpositionen feministischer Philosophie*, in: S. Doyé, M. Heinz, F. Kuster (Hg.), *Perspektiven feministischer Philosophie.* Wuppertal 1994.

„Die Vernunft der Frauen und der Dichter.“ *Metapher und Begriff im philosophischen Diskurs*, in: W. Bergem u. a. (Hg.), *Metapher und Modell.* Trier 1996.

Luce Irigaray: Ethik der sexuellen Differenz. Feministische Philosophie. Jenseits der Dekonstruktion und diesseits der Utopie, in: M. Heinz, F. Kuster (Hg.), *Geschlechtertheorie – Geschlechterforschung. Ein interdisziplinäres Kolloquium.* Bielefeld 1998.

Artikel „Utopie, in: *Theologische Realenzyklopädie*, in Gemeinschaft hrsg. v. G. Müller. Berlin, New York 2002.

Aufklärung und Restauration: Rousseaus Geschlechtertheorie, in: Aufklärung und Kritik. Festschrift für Manfred Baum, hrsg. von D. Hüning, K. Michel und A. Thomas. Berlin 2004.

Von der Historismuskritik zur kritischen Historie: Nietzsches Denken der Geschichte, in: Die Gegenwart des Gegenwärtigen. Festschrift für Gerd Haeffner zum 65. Geburtstag. Freiburg, München 2006.

Vom Naturzwang zur Sittlichkeit. Stationen der bürgerlichen Familie: Rousseau-Kant-Hegel, in: Hegel-Jahrbuch 2007.

Die Antragsteller für die Partneruniversitäten sind:

Prof. Dr. Ulrich Brand (Universität Wien) – Internationale Politik

Ulrich Brand arbeitet zur Transformation von Staat und Politik, Formen globaler Politik und Steuerung (Global Governance), Umweltpolitik, regional schwerpunktmäßig zu Lateinamerika sowie zu sozialen Bewegungen und NGOs im Globalisierungsprozess.

Die aktuellen Transformationsprozesse von Staat und Politik werden eingebettet in eine kritische, in der Tradition von Marx stehende Theorie des Kapitalismus, wie sie insbesondere seit den 1980er Jahren von der Regulationstheorie aktualisiert wurde. Durch den „methodologischen Nationalismus“ der Regulations- und andere kritischer Gesellschaftstheorien werden diese erweitert um kritische Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, insbesondere der Neo-Gramscianische Ansatz der IPÖ, die neuere Weltsystemstheorie, wie auch neuere Imperialismustheorien und -analysen. Der theoretische Vorschlag, der seit mehreren Jahren ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt wird, wird unter dem Begriff eines „Neo-Poulantzianischen Ansatzes der Internationalen Politischen Ökonomie“ gefasst (vgl. etwa Prokla Juni/2007). Seine Tragfähigkeit muss sich in den kommenden Jahren herausstellen.

Demokratiethoretische Aspekte werden systematisch in den Arbeiten Ulrich Brands berücksichtigt. Zum einen in den staats- und politiktheoretischen Analysen und zum anderen in den konkreten Untersuchungen, etwa hinsichtlich der Möglichkeiten demokratischer Umweltpolitik oder des demokratisierenden

Potentiale von NGOs und sozialen Bewegungen. Dies wird mit Nord-Süd-Perspektiven verbunden.

Umwelt- und Ressourcenpolitik – insbesondere internationale Biodiversitätspolitik – gehören seit zehn Jahren zu den Arbeitsschwerpunkten. Theoretisch wird auf das in der Tradition der Frankfurter Schule stehende Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zurück gegriffen.

Ein neues, noch zu erschließendes Forschungsfeld ist jenes des „Post-Neoliberalismus“. Hier soll konzeptionell und empirisch untersucht werden, welche intellektuellen und politischen Praxen in der Legitimationskrise neoliberaler Politiken entstehen.

In Zukunft wird der Zusammenhang zwischen Klassen- und Geschlechterverhältnissen systematischer berücksichtigt. Am Wiener Institut für Politikwissenschaft gibt es eine starke Tradition von politischer Theorie, Demokratietheorie und Theorie der Geschlechterverhältnisse. Dies soll stärker mit politisch-ökonomischen Fragen verknüpft werden.

Ausgewählte Publikationen:

Monographien:

Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg 2005.

Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Münster 2000.

Mit C. Görg, *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates.* Münster 2003.

Sammelbände:

Mit A. Demirovic, C. Görg, J. Hirsch (Hg.), *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates.* Münster 2001.

Mit A. Brunnengräber, L. Schrader, C. Stock, P. Wahl, *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?.* Münster 2000.

Sonstige Veröffentlichungen:

Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis, in: S. Buckel, A. Fischer-Lescano (Hg.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden 2007.

Inside-Out. Alternative Formen und Orte der Wissensproduktion und die Rolle von „Bildungsbewegungen“, in: O. Brüchert, A. Wagner (Hg.), *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*. Marburg 2006.

Strategien progressiver Kräfte in Europa – und ihre Grenzen, in: *Widerspruch*, Nr. 50.

Mit M. Wissen, F. Habermann, *Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis*, in: Bundeskoordination Internationalismus (Hg.), *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. 2003, 43-56.

Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld) – Öffentliches Recht

Andreas Fisahn hat in vielen Veröffentlichungen zu Fragen des verfassungsrechtlichen Begriffs der Demokratie und des Rechtsstaates bzw. seiner Gefährdungspotenziale gearbeitet. Zwei Arbeitsschwerpunkte ergeben sich aus seiner Habilitationsschrift „Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung“. Gegenstand ist das juristische, normative Konzept der Demokratie, das einerseits aus den verfassungsrechtlichen Vorgaben besteht, aber natürlich an die verschiedenen philosophischen und politologischen Diskussionen um Demokratie angekoppelt werden muss. Das normative Modell ist dabei in Abgrenzung zum herrschenden juristischen Modell der Demokratie, die allein eine abgeleitete Herrschaftsausübung verlangt, zu entwickeln.

Daraus ergibt sich zweitens die unmittelbare, dezentrale und partizipative Demokratie als Arbeitsschwerpunkt, die im herrschenden juristischen Konzept regelmäßig, obwohl es so sein sollte, nicht als Teil der demokratischen Legitimierung von Staatsgewalt begriffen wird. Doch sollte dieses Konzept

politisch gestärkt werden. Das Problem liegt dabei in der Ausgestaltung direkt demokratischer und partizipativer Formen der Demokratie.

Drittens wurde gerade ein Buchprojekt abgeschlossen, das der Frage nachgeht, welche Mechanismen des Staates so wirken, dass demokratische Mehrheiten für eine sozialreformerische Politik sich nicht durchsetzen können. Nachgezeichnet und weiter entwickelt oder aktualisiert werden dort die verschiedenen kritischen Diskussionen um die Mechanismen staatlicher und sozialer Herrschaft, die ja in einem Spannungsverhältnis zur Demokratie gedacht werden muss.

Ausgewählte Publikationen:

Monographien:

Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. Tübingen 2002, 468 S.

Mit W. Cremer, *Jenseits der marktregulierten Selbststeuerung - Perspektiven des Umweltrechts.* Berlin 1997, 286 S.

Eine Kritische Theorie des Rechts - Zur Diskussion der Staats- und Rechtstheorie von Franz L. Neumann. Aachen 1993, 221 S.

Sonstige Veröffentlichungen:

Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat, in: *Sozialismus* 7,8/ 2007, S. 4 - 14.

Kritische Staatstheorien, in: *Sozialismus* 4/ 2006, S. 25 - 34.

Mit R. Viotto, *Oligarchisierung politischer Entscheidungen. Wie Privatinteressen die Politik erobern,* in: *Sozialismus* 12/ 2005, S. 44 - 49.

Mit T. Mushoff, *Die demokratische Herausforderung unbewältigt - Europas Zukunft im Licht der Verfassung,* in: *Sozialismus* 9/ 2005, S. 42 – 45.

Konsequenzen der »Globalisierung« - Privatisierung als Neofeudalisierung, in: N. Paech; A. Rinke; D. Schefold; E. Weßlau (Hg.), *Völkerrecht statt Machtpolitik - Beiträge für Gerhard Stuby.* Hamburg 2004, S. 92 ff.

Beteiligungsrecht im postmodernen Staat, in: J. Falke, S. Schlacke (Hg.), *Neue Entwicklungen in Verbraucherrecht*. Berlin 2004, S. 171 ff.

Experten in der Demokratie, in: *Ansprüche* 2002, S. 24 - 30.

Demokratie: Aufhebung der Besonderung des Staates, in: Redaktion *Kritische Justiz, Demokratie und Grundgesetz - eine Auseinandersetzung mit der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung*. Baden-Baden 2000, S. 71 - 92.

Abgeleitete Demokratie, in: *KritV* 1996, S. 267 - 281.

Staatstheoretische Unklarheiten („Der Staat in den Köpfen“), in: *Sozialismus* 11/1995, S. 32 -33.

Prof. Dr. Stephan Lessenich (Universität Jena) - Soziologie, Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse

Stephan Lessenich konzentriert in seiner Arbeit sich vor allem auf folgende Schwerpunkte: Theorie des Wohlfahrtsstaats, Vergleichende Makrosoziologie (insb. Wohlfahrtsstaatsvergleich), Politische Soziologie, Institutionenwandel und Gesellschaftstransformation und Soziologie des Alter(n)s.

Die neuere international vergleichende Forschung zu „Demokratie“ und „Kapitalismus“ krankt zum einen an einem häufig eher „technischen“ Verständnis dieser beiden makrosozialen Strukturbildungen, zum anderen werden beide analytischen Konzepte kaum und jedenfalls nicht systematisch (und in inhaltlich substantieller Weise) aufeinander bezogen. Stellt man diesen inhaltlichen Zusammenhang jedoch her, so wird man rasch mit den Ambivalenzen, Paradoxien und Widersprüchen des gesellschaftlichen Zusammenspiels von „Kapitalismus“ und „Demokratie“ konfrontiert. In diesem Sinne stößt man rasch auf eine dritte makrosoziale Struktur, den demokratisch-kapitalistischen Wohlfahrtsstaat, der (gerade deswegen) den Zentralgegenstand meines wissenschaftlichen Interesses darstellt.

In Weiterentwicklung und Aktualisierung der frühen staatstheoretischen Analysen Claus Offes untersucht Stephan Lessenich die Frage, wie die widersprüchlichen Funktionslogiken und Vergesellschaftungsmuster von Kapitalismus und

Demokratie im Wohlfahrtsstaat (und seinen „Krisen“) den Kristallisationspunkt ihrer Wechselwirkungen finden. Mit seinen Institutionen der Bildung, Arbeitsmarktregulierung, sozialen Sicherung und sozialen Dienstleistungsproduktion ist der Wohlfahrtsstaat zur Arena sozialer und politischer Konflikte und zum Fluchtpunkt politischer Forderungen und sozialer Erwartungen geworden, die sich wesentlich auf die normativen Implikationen demokratischer „Gleichheit“ und die (kontra-) produktiven Effekte kapitalistischer „Ungleichheit“ beziehen.

Der Wohlfahrtsstaat ist besonders interessant in seiner Funktionalität, Effektivität und Normativität als Organisationsform des demokratischen Kapitalismus bzw. kapitalistischer Demokratie. Im Kontext des geplanten Graduiertenkollegs ergeben sich aus dieser Fokussierung der Forschungsinteressen drei thematische Schwerpunkte für mögliche Promotionsvorhaben: Zum einen wären Arbeiten zur Weiterentwicklung und Aktualisierung – im Zeichen gewandelter weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen der „postkommunistischen Globalisierung“ – einer analytischen Theorie der „Strukturprobleme“ des demokratisch-kapitalistischen Wohlfahrtsstaats gefragt. Zweitens könnte die Untersuchung des Wandels demokratischer Staatstätigkeit in Zeiten des „flexiblen Kapitalismus“ Gegenstand von Kollegsarbeiten sein, insbesondere die „subjektivierende“ Umstellung staatlicher Intervention auf individualistische Formen der sozialen Selbststeuerung. Drittens schließlich wären Arbeiten interessant, die sich auf die Suche nach Bausteinen einer normativen Theorie des demokratischen Wohlfahrtsstaats begeben, d.h. nach einem theoretischen Zugang, der „Demokratie“ als Verpflichtungs- und Hochwertbegriff versteht und (gewissermaßen in Gegenbewegung zu realen Tendenzen des Demokratieabbaus) ernst nimmt.

Ausgewählte Publikationen:

Monographien:

Mit I. Ostner (Hg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt a. M., New York 1998.

Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell. Frankfurt a. M., New York 2003.

Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M., New York 2003.

Den Sozialstaat neu denken. Hrsg. von der Otto Brenner Stiftung. Hamburg 2005.

Mit F. Nullmeier (Hg.), *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*. Frankfurt a. M., New York 2006. [Lizenzausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007].

Sonstige Veröffentlichungen:

Offe, Claus, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Veränderte Neuausgabe hrsg. und eingel. von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Mit einem Vor- und Nachwort von Claus Offe. Frankfurt a. M., New York 2006.

- An der Universität Siegen haben sich zudem folgende Kollegen/Innen bereit erklärt, sich aktiv an der Gestaltung und Betreuung des Promotionskollegs zu beteiligen:

Prof. Dr. Clemens Knobloch (Massenkommunikation, politische Begriffsgeschichte, Konsensinszenierungen, Konfliktmanagement)

Prof. Dr. Erhard Schüttpelz (Medienwissenschaften, Kolonialismus, Postkolonialismus)

4. Kollegprogramm

4.1 Regelmäßige Doktorandenkolloquien

Doktorandenkolloquien sollen die Möglichkeit bieten, Zwischenergebnisse und Forschungsstrategien der einzelnen Promotionsprojekte im Kreis der betreuenden Professor/Innen und Doktoranden/Innen zu diskutieren. Ihnen kommt eine stimulierende und korrigierende Funktion zu, zudem geht es um die Intensivierung des interdisziplinären Austauschs. Doktorandenkolloquien sind denkbar als Kolloquien, die kleinere Gruppen an den jeweiligen Hochschulen durchführen, oder aber als Gesamtveranstaltungen des Promotionskollegs.

Letztere sollen mindestens zweimal pro Semester jeweils in Siegen und in einer der beteiligten Hochschulen stattfinden. Die Teilnahme an den zweitägigen Kolloquien ist für die Promovenden/Innen wie für die Betreuer/Innen verbindlich. Wünschenswert ist, dass auch die anderen Stipendiaten/Innen der Luxemburgstiftung an diesen Veranstaltungen teilnehmen.

4.2 Workshops und Tagungen

Zudem sollen die Doktoranden/Innen selbstbestimmt mehrtägige Kompaktveranstaltungen organisieren, auf denen sie zentrale Probleme ihres Promotionsvorhabens diskutieren können. Den Doktoranden/Innen soll ermöglicht werden, selbstbestimmt für diese Kompaktveranstaltungen fachlich ausgewiesene Dozenten/Innen einzuladen.

In Zusammenarbeit mit den Betreuer/Innen soll eine jährlich stattfindende große, internationale wissenschaftliche Tagung organisiert werden, in deren Zentrum der Problemkomplex „Demokratie und Kapitalismus“ stehen soll – thematisch binnendifferenzierend fokussiert auf die jeweiligen konkreten Promotionsthemen. Zur Finanzierung dieser Tagungen soll auch auf die Förderungsmöglichkeiten anderer Stiftungen zurückgegriffen werden.

4.3 Betreuungszusagen

Sicherzustellen ist, dass die Promovenden/Innen im Kolleg bei der Anfertigung ihrer Dissertationen so engagiert unterstützt werden, dass sie ihr Arbeitsvorhaben innerhalb des Förderzeitraums erfolgreich abschließen können. Das

Studienprogramm soll ein interdisziplinäres Forum sein, in dem Fachwissen auch über den jeweiligen Promotionsschwerpunkt hinaus bereitgestellt wird und Diskussionsmöglichkeiten angeboten werden. Die Präsentation von Teilergebnissen ist ebenso notwendig wie der enge Kontakt zu einschlägigen universitären Lehr- und Forschungsprojekten. Ein schriftlich fixiertes Betreuungsabkommen, in dem sich „beide Seiten“ zu einer regelmäßigen Berichterstattung und fördernden Kommentierung verpflichten, soll einen geregelten Gang der Promotionsarbeiten sicherstellen.

5. Infrastruktur

Haushaltstechnisch sind die Stipendien an der Universität Siegen angesiedelt. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Ralf Schnell, hat für den Fall der entsprechenden Förderung folgende infrastrukturelle Unterstützung zugesagt:

Räume (auch eine Graduate Lounge), SekretärInnenstunden und für die Koordination eine halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstelle).

Entsprechend der interdisziplinären und kooperativen Ausrichtung soll das Promotionskolleg dezentral angelegt sein. Die Stipendiaten/Innen können je nach Fach, Gegenstand und Forschungsperspektive in Bielefeld, Jena, Siegen oder Wien betreut werden. Mindestens 6 der 8 Stellen sollen in Siegen zu Promotionen führen.

6. Auswahlbibliographie

- Aglietta, Michel (2000a): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.
- Aglietta, Michel (2000b): Shareholder Value and corporate governance: some tricky questions. In: *Economy and Society* 29(1), pp. 146-159.
- Agnoli, Johannes/Peter Brückner (1968): *Die Transformation der Demokratie*. Frankfurt a. M.
- Albritton, Robert /Makoto Itoh/Richard Westra/Alain Zuege (ed., 2001): *Phases of*

- Capitalist Development: Booms, Crises, and Globalisations. Basingstoke.
- Alnasseri, Sabah/Ulrich Brand/Thomas Sablowski/Jens Winter (2001): Raum, Regulation und die Periodisierung des Kapitalismus. In: *Das Argument* 43(1), S. 146-159.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnational Class Agency and European Governance: The Case of the European Round Table of Industrialists. In: *New Political Economy* 5(2), pp. 157-181.
- Aronowitz, Stanley/Heather Gautney (ed., 2003): *Implicating Empire. Globalization & Resistance in the 21st Century World Order*. New York.
- Arrighi, Giovanni/ Jason W. Moore (2001): Capitalist Development in World Historical Perspective. In: Robert Albritton/Makoto Itoh/Richard Westra/Alain Zuege (ed.): *Phases of Capitalist Development: Booms, Crises, and Globalisations*. Basingstoke, pp. 56-75.
- Bache, Ian/Matthew Flinders (ed., 2004): *Multi-Level Governance*. Oxford.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg.
- Beckmann, Martin/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hg., 2003): *"Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie*. Hamburg.
- Behrens, Maria (Hg., 2005): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden.
- Belina, Bernd/Boris Michel (2007): Raumproduktionen. In: Dies. (Hg.): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster, S. 7-34.
- Belina, Bernd/Boris Michel (Hg., 2007): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster.
- Bello, Walden (2005): *De-Globalisierung: Widerstand gegen die neue Weltordnung*. Hamburg.
- Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Michael Th. Greven (Hg.): *Demokratie – eine Kultur des Westens? Opladen*. S. 201-222.
- Bergeron, Suzanne (2003): Polit-Ökonomische Diskurse über Globalisierung und feministische Politik. In: Albert Scharenberg/Schmidtke, Oliver (Hg.): *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster, S. 55-77.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen IPÖ. In: Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden, S. 143-160.
- Bieling, Hans-Jürgen/Maria Lerch (Hg., 2005): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden.
- Bien, Guenther/Hans Maier (1972): „Demokratie“. In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hrsg. v. Joachim Ritter. Völlig neubearbeitete Ausgabe des „Wörterbuch der Philosophie“ von Rudolf Eisler. Bd. 2: D-F. Darmstadt, Sp. 50-55.
- Bohle, Dorothee (2005): Neogramscianismus. In: Hans-Jürgen Bieling/Maria Lerch (Hg.):

- Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, S. 197-222.
- Boris, Dieter/Stefan Schmalz/Anne Tittor (Hg., 2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.
- Bottomore, Tom (ed., 1999): A Dictionary of Marxist Thought. Second Edition. Oxford.
- Boyer, Robert (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis. In: *Economy and Society* 29(1), pp. 111-145.
- Brand, Ulrich (2007a): Zwischen Normativität, Analyse und Kritik: Die jüngere Diskussion um Global Governance. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 23(1), S. 26-50.
- Brand, Ulrich/Achim Brunnengräber/Lutz Schrader/Christian Stock/Peter Wahl (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.
- Brand, Ulrich/Alex Demirovic/Christoph Görg/Joachim Hirsch (Hg., 2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster.
- Brand, Ulrich/Christoph Görg/Joachim Hirsch/Markus Wissen (2008): Contested Terrains. Conflicts about Genetic Resources and the Internationalisation of the State. London/New York (i.E.).
- Brand, Ulrich/Christoph Görg/Markus Wissen (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: *Prokla* 37(2), S. 217-234.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood.* Oxford/New York.
- Bretthauer, Lars/Alexander Gallas/John Kannankulam/Ingo Stütze (Hg., 2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Bruckmann, Mónica & Theotonio dos Santos (2006): Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Eine historische Bilanz, *Prokla* 142(1), S. 7-22.
- Brunkhorst, Hauke (2005): Demokratie als globales Projekt. In: Gerhard Himmelmann/Dirk Lange (Hg.): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung.* Frankfurt a. M., S. 100-113.
- Brunnengräber, Achim (Hg., 2003): *Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck.* Münster.
- Brunnengräber, Achim/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg., 2005): *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen.* Bonn.
- Buckel, Sonja/Andreas Fischer-Lescano (Hg., 2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis.* Baden-Baden.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.* Hamburg/Berlin.
- Canfora, Luciano (2006): *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union.* Köln.
- Ceceña, Ana Esther (Hg., 2006): *Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado.* Buenos Aires.
- Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik (1995): *Nachbarn in einer Welt.* Bonn.

- Conze, Werner (1972): „Demokratie“. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck. Bd. 1: A-D. Stuttgart, S. 821-899.
- Cox, Robert (1991): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: Millennium, 10. Jg., Nr. 2, pp. 126-155.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method. In: Stephen Gill (ed.), pp. 49-66 [erstmals 1983].
- Della Porta, Donatella (ed., 2007): The Global Justice Movement. Cross-national and Transnational Perspectives. Boulder/London.
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.
- Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster.
- Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster.
- Demirovic, Alex/Joachim Beerhorst/Michael Guggemos (Hg., 2004): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a. M.
- Falk, Richard/Andrew Strauss (2001): Toward Global Parliament. In: Foreign Affairs 80(1), pp. 212-220.
- Fisher, William F./Thomas Ponniah (ed., 2003): Another World is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. London.
- Fues, Thomas/Jochen Hippler (Hg., 2003): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn.
- Fülberth, Georg (2005): G-Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus. Köln.
- Fulcher, James (2004): Capitalism – A Very Short Introduction. Oxford/New York.
- Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (1972), hrsg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck. Bd. 1: A-D. Stuttgart.
- Gill, Stephen (ed., 1993): Gramsci, Historical materialism and international relations. Cambridge/Mass.
- Görg, Christoph/Joachim Hirsch (1998): Chancen für eine internationale Demokratie? In: Das Argument, Jg. 40, Nr.225, S. 319-344.
- Grande, Edgar (1995): Regieren in verflochtenen Verhandlungssystemen. In: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt a. M./New York, S. 327-368.
- Grande, Edgar/Thomas Risse (2000): Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 7. Jg., Nr. 2, S. 235-266.
- Greven, Michael Th. (Hg., 1998): Demokratie - eine Kultur des Westens? Opladen.
- Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München.

- Hardt, Michael/Antonio Negri (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a. M./New York.
- Hardt, Michael/Antonio Negri (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt a. M./New York.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des "neuen" Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster, S. 183-215.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des "neuen" Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster, S. 183-215.
- Heins, Volker (2001): *Der neue Transnationalismus*. Frankfurt a. M./New York.
- Held, David/Anthony McGrew (ed., 2002): *Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance*. Cambridge.
- Held, David/Mathias Koenig-Archibugi (Hg., 2005): *Global Governance and Public Accountability*. Malden.
- Hellmann, Gunther/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg., 2003): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden.
- Heuer, Uwe-Jens (1989): *Marxismus und Demokratie*. Baden Baden.
- Himmelman, Gerhard/Dirk Lange (Hg., 2005): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*. Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg.
- Hirschfeld, Uwe (Hg., 1998): *Gramsci-Perspektiven*. Berlin/Hamburg.
- Historisches Wörterbuch der Philosophie (1972), hrsg. v. Joachim Ritter. Völlig neubearbeitete Ausgabe des „Wörterbuch der Philosophie“ von Rudolf Eisler. Bd. 2: D-F. Darmstadt.
- Höffe, Otfried (1999): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster.
- Holm, Andrej (2004): *Sozialwissenschaftliche Theorien zu Fläche und Raum*. UFZ-Bericht 26. Leipzig.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks (2001): *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks (2003): Unravelling the Central State, but How? Types of Multi-Level Governance. In: *American Political Science Review* 97(2), pp. 233-342.
- Hummel, Hartwig (2005): *Global Governance als neue große Debatte*. In: Maria Behrens (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden, S. 131-138.
- Jachtenfuchs, Markus/Beate Kohler-Koch (1996): *Europäische Integration*. Opladen.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge.
- Kaltmeier, Olaf/Jens Kastner/Elisabeth Tuijter (Hg., 2004): *Neoliberalismus, Autonomie,*

- Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster.
- Kaul, Inge/Alexander Kocks (2003): Globale öffentliche Güter. Zur Relevanz eines Begriffs. In: Achim Brunnengräber (Hg.): Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Münster, S. 39-56.
- Kaul, Inge/Isabell Grunberg/Marc Stern (1999): Global public goods: international cooperation in the 21st century. New York.
- Keohane, Robert O. (1988): International Institutions: Two Approaches. In: International Studies Quarterly 32(4), pp. 379-396.
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch: Europäische Integration. Opladen, S. 47-71.
- Knodt, Michèle/Markus Jachtenfuchs (2002): Regieren in Internationalen Institutionen. Festschrift für Beate Kohler-Koch. Opladen.
- Knodt, Michèle/Martin Große-Hüttmann (2005): Der Multi-Level-Governance Ansatz. In: Hans-Jürgen Bieling/Maria Lerch (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, S. 223-247.
- Krasner, Stephen D. (Hg., 1983): International Regimes. Ithaca/London.
- Kratochwil, Friedrich/John G. Ruggie (1986): International Organization. The State of the Art on an Art of the State. In: International Organization 40(4), pp. 753-776.
- Lambrecht, Lars (1990): „Demokratie“. In: Hans Jörg Sandkühler (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 1. Hamburg, S. 483-533.
- Lukács, Georg (1987): Sozialismus und Demokratisierung. Frankfurt a. M.
- Lukes, Steven (1999): „democracy“. In: Tom Bottomore (ed.), A Dictionary of Marxist Thought. Second Edition. Oxford, pp. 133-134.
- Marchart, Oliver/Rupert Weinzierl (Hg., 2006): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme. Münster.
- Martin, Lisa L./Beth A. Simmons (1998): Theories and Empirical Studies of International Institutions. In: International Organization 52(2), pp. 729-757.
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? MPIfG Working Paper 04/1, März. Im Internet unter <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> (Stand 18.11.2004).
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf (Hg., 1995): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt a. M./New York.
- Mearsheimer, John J. (1995): The false Promise of International Institutions. In: International Security 19(3), pp. 5-49.
- Messner, Dirk (2005): Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Maria Behrens (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Wiesbaden, S. 27-54.
- Messner, Dirk/Franz Nuscheler (1996): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: Policy Paper Nr. 2 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Mittermaier, Karl (1995): Demokratie – Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis

- heute. Darmstadt.
- Morton, Adam David (2003): *Social Forces in the Struggle over Hegemony: Neo-Gramscian Perspectives in International Political Economy*. In: *Rethinking Marxism* 15(2), pp. 153-179.
- Neumann, Franz (Hg., 1973): *Handbuch politischer Theorien und Ideologien*. Reinbek.
- Neusüß, Ermenhild (1973): *Demokratie: Theorien und politische Praxis*. In: Franz Neumann (Hg.): *Handbuch politischer Theorien und Ideologien*. Reinbek, S. 81-146.
- O'Brien, Robert (2000): *Contesting global governance: multilateral economic institutions and global social movements*. Cambridge.
- Panitch, Leo/Sam Gindin (2003): *Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus*. In: Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hg.): *"Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie*. Hamburg, S. 113-143.
- Plehwe, Dieter/Bernhard Walpen/Gisela Neunhöffer (ed., 2006): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*. New York.
- Reinicke, Wolfgang H. (1998): *Global Public Policy. Governing without Government?* Washington D.C.
- Rilling, Rainer (2004): *Multitude. Zehn Zettel zum Buch*. Im Internet unter <http://www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=152> (Stand 24.09.2005).
- Risse, Thomas (2005): *Global Governance and Communicative Action*. In: David Held/Mathias Koenig-Archibugi (Hg.): *Global Governance and Public Accountability*. Malden, pp. 164-189.
- Ritter, Erns Hasso (1979): *Der kooperative Staat. Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft*. In: *Archiv des öffentlichen Rechts*. Bd. 104, S. 389-413.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World*. Baltimore/London.
- Röttger, Bernd (2004): *Staatlichkeit in der fortgeschrittenen Globalisierung*. In: Demirovic, Alex/ Beerhorst, Joachim/ Guggemos, Michael (Hg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt a. M., S. 153-177.
- Rousseau, Jean-Jacques (1989): *Gesellschaftsvertrag*. In: Ders.: *Kulturkritische und politische Schriften*. Bd. 1, hrsg. von Martin Fontious. Berlin.
- Ruppert, Uta (2003): *Zwischen analytischen Chancen und politischen Ambivalenzen: Global Governance aus feministischer Sicht*. In: Thomas Fues/Jochen Hippler (Hg.): *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*. Bonn, S. 137-154.
- Sandkühler, Hans Jörg (Hg., 1990): *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*. Bd. 1. Hamburg.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt a. M./New York.
- Scharenberg, Albert/ Schmidtke, Oliver (Hg., 2003): *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt a. M./New York.

- Scharpf, Fritz W. (2004): Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats. MPIfG Working Paper 06/6, November. Im Internet unter <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-6/wp04-6.html> (Stand 24.8.2007).
- Scharpf, Fritz W./Bernd Reissert/Fritz Schnabel (1976): Politikverflechtung – Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts.
- Scherrer, Christoph (1998): Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. Eine Kritik. In: Uwe Hirschfeld (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin und Hamburg, S. 160-174.
- Scherrer, Christoph (2003): Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik. In: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 465-494.
- Schieder, Siegfried/Manuela Spindler (Hg., 2003): Theorien internationaler Beziehungen. Opladen.
- Schildt, Axel (2005a): Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon. München.
- Schildt, Axel (2005b): „Demokratie und Liberalismus“. In: Ders.: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon. München, S. 97-101.
- Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin.
- Vorländer, Hans (2003): Demokratie. München.
- Waterman, Peter (2001): Globalization, Social Movements and the New Internationalism. London.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft [1921]. Tübingen.
- Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung der Herrschaftsverhältnisse. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie. Baden-Baden.
- Zangl, Bernhard (2003): Regimetheorie. In: Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hg.): Theorien internationaler Beziehungen. Opladen, S. 117-140.
- Zeller, Christian (2004): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus? In: Ders. (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, S. 61-125.
- Zeller, Christian (Hg. 2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Zibechi, Raúl (2006): Movimientos sociales: nuevos escenarios y desafíos inéditos, OSAL 21, 221-230.